

B a r m e n
Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Bremerweg 57
Fernruf für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

Die Aufnahme von
Anträgen an bestimmten
Tagen und an vorge-
schriebenen Plätzen, für
kleine Aufträge sowie
für Kassenführung von
Manuskript, wird keine
Gebühr übernommen.
Die Geschäftsdräume
sind von morgens 8^{1/2}
bis abends 4^{1/2} Uhr,
Samstag von 8 Uhr
bis 4^{1/2} Uhr abends
durchgehend geöffnet.

Der Philolog war die Orienttreppe hinab-
 fliegen; er schritt ein paar Gänge hindurch, er
 sicheres Schrittes; von Elise war nichts zu sehen.
 Sein Herz klopfte, er wäre am liebsten wieder
 umgekehrt. Die ganze Verbung kam ihm so
 rasend und undurchdringt vor, daß ihn schau-
 belte. Aber er hatte eine geheime Furcht, daß
 Bruder für ihn handeln würde, und es war d-
 männlicher, selber das Feuer aufzusuchen.
 Schimmerte etwas Helles hinten an dem Thore,
 mußte sich einen Augenblick sammeln und dann
 die Hand auf die Brust gedrückt, wie im Fieber-
 (Schluß folgt.)

an den Kaiser des ehemaligen Unterhausprä-
sidenten Zimmermann bedient habe, veröffentlicht
Schiedemann weiter folgendes Schreiben:

Heilmann, den 12. Juli 1917. Guter Ergeßens darf
ich von ansehnenden annehmen Brief ganz ergetzt über-
zeugend. Er ist interessant.

Mit bestem Gruß

„Eurer Exzellenz ergebener Diener.“
 „Schiedemann meint zum Schluss, wenn nicht ein ganz gewissermaßen Urkundenfälscher damals das Protokoll gehabt habe, direkt mit dem Kaiser zu sprechen und ihn zu befragen, so müsse Herr v. Briesen bei seinem Dementi ein Geschichtsschreiber anerkennen sein. Vollkommene Klarheit über die Rolle, die die Herren Zimmermann, Kühnemann, v. Briesen und andere in jener kritischen Zeit gespielt haben, müsse die Untersuchung ergeben, die endlich einmal zum Abschluss gebracht werden müsse.“

Deutsches Reich.

Einmalige Mittel zur Bekämpfung der Volksfeinden.

WTB Berlin, 2. Juni. (Drahtb.) In dem neuen preussischen Haushaltplan sind vorgesehen, um Beizellen zur Bekämpfung der Tuberkulose 1 000 000 Mark, zur planmäßigen Bekämpfung des Typhus 20 000 Mark, für die Schaffung eines Erlasses für das infolge der Gebietsabtretung ungenutzte Lepna-Frankenhaus in Rhenel 505 000 Mark. Als Zuschuß an die Hochschule für Ruffel in Charlottenburg werden mehr gefordert 1 685 280 Mark. Für Wirtschaftsbetrieben für Beamte und Volkshilfsbedürfnisse in den besetzten Gebieten sind 63 550 000 Mark angesetzt. Zur Verbilligung des Rohrentsportes auf dem Wasserweg nach Ostpreußen werden 1 350 000 Mark verlangt.

Eine Aufforderung an den Reichstangler.

BB Berlin, 1. Juni. (Drahtb.) In der am 29. Mai in Bremen abgehaltenen ersten Tagung des Gau- und Niederfachens des Rationalverbandes deutscher Gewerkschaften wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

Die am 29. Juni in Berlin veranfaßten Vertreter des Gesamtverbandes Reichsbund der Nationalverbände deutscher Gewerbetreibenden rufen die Kaufleute, Arbeiter, Handwerker, Angestellten und Diensten auf, sich dem Reichsbund der Nationalverbände deutscher Gewerbetreibenden anzuschließen. Nur eine so große politische und wirtschaftliche Triumvirat begründet die Selbstpolitik der Gewerbetreibenden und die Ausübung der Gewerkschaft durch Verhandlung (siehe durch Gewerbetreibenden mittels politischer, ökonomischer, sozialpolitischer (Schulung zur Arbeiterbewegung) kann die deutsche Arbeiterbewegung weiter bringen und die deutsche Volkswirtschaft wieder aufbauen helfen. Und die Erfüllung der Forderungen des Verbandes ist nur bei einer solchen Selbstpolitik möglich. Deshalb fordert die Leitung des Reichsbundes deutscher Gewerbetreibenden den Reichsbund der Arbeiter, sein Verbandsorgan, jeder Arbeiterbewegung sei willkommen, umgeben zu werden und dem Reichsbund deutscher Gewerbetreibenden beizutreten die verfassungsmäßige Selbstbestimmung mit dem anderen Gewerbetreibendenverbänden zuzuschließen.

Begnabigung für Wiltäuser.
 BB. Berlin, 3. Juni. (Drahtb.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat laut „Vorwärts“ beschlossen, folgenden Antrag zu stellen: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichstagsler zu ersuchen, die Urteile der Sondergerichte unter den Gesichtspunkten möglicher Begnabigung nachprüfen zu lassen und dem Reichspräsidenten bloße Wiltäuser der Aufwubr Bewegung im weiten Umfange zur Begnabigung zu empfehlen.

Die Begründung des Urtheils gegen Reumann.

DB Leipzig, 2. Juni. (Druckb.) In der Verhandlung des Urtheils gegen den Arbeiter Reumann aus Gifhorn, das, wie gemeldet, auf sechs Monate Gefängnis mit Anrechnung der viermonatigen Unterbringungshaft lautet, bemerke der Vorsitzende, die guten militärischen Eigenschaften des Angeklagten, seine Willkürlose in der Ausführung der ihm übertragenen Befehle seien nicht zu verkennen und seien nicht bestritten worden. Er habe die militärischen Anordnungen aller andere geist und sei im Gegensatz zu dem Verhalten der andern Soldaten gerade deshalb bei dem Gefangenen verhaftet gewesen. Allein er sei schließlich zu weit gegangen und habe in dem meisten Fällen versucht widerrechtlich gehandelt. Der Zweck eines Vorgehens sei im einzelnen der gewesen, die Befehle zur Arbeit anzupassen und Ordnung im Lager zu schaffen. Dieses rechtsergänzende oder noch lange nicht die Anwendung unethischer Mittel. Auszufinden, ob der Fall bei der Gehorsams- und Arbeitsverweigerung der neuangekommenen Gefangenen am 12. April 1877. Hier sei der Angeklagte völlig geblieben durch den Befehl des ihm vorgesetzten Unteroffiziers, der seinerseits wieder Instruktionen in Eile eingeholt und die Anweisung bekommen hatte, den ihm entgegenstehenden Widerstand zu brechen. Sei er hier schon zu weit gegangen in der Anwendung von Gewaltmitteln, so sei ihm doch nicht nachzuweisen, daß er dies bewußterweise getan habe. Reuener Grund aber habe für ihn in der Verhaftung der übrigen Fälle vorgelegen, von der Haft nach dem Reiben Gebrauch zu machen. In einem Falle habe es sich offenbar um einen Raubakt gegen einen Gefangenen gehandelt, der eine Geldstrafe gegen den Angeklagten anbracht hatte. Wenn ein Gefangener wieder verhaftet worden sei, habe die Sache nicht in der von dem Angeklagten gewünschten Anordnung aufzuheben, so sei es unpfeilsichtig, wie dieser sich gegen ihn zu seiner Mittheilung habe hinsetzen lassen können. Inmal habe er nur seinen inneren Ausdruck geben wollen, als er einen Gefangenen schlug. Zu einer nachträglichen Rächung der beiden Ausreißer, nachdem er er allein in seiner Gewalt hatte, habe ihm jede Berechtigung gefehlt. Einen Gefangenen habe er bedrückt mit dem großen Mißbehagen, daß dieser die Folgen noch zu spüren gehabt habe. In einem Falle habe das Verdict als erwiesenen angenommen, daß der Angeklagte drei Rort Schwein getraut habe, um seiner Mittheilung Ausdruck zu geben und um zu beleidigen. Eine solche Selbsteinnahme sei dem Angeklagten nicht vorzuwerfen, und da er sich sonst und in einem früheren Leben einmündig gestützt habe, habe keine verdienstlich geringe Strafe verhängt werden können. Da sein Mißvergehen vorliegt, wurde die vorstehende Haftentlassung angeordnet.

Aus dem besetzten Gebiet.

Wenterei einer franz. Kompagnie in Solingen.
17A Wirtz, 3. Juni. (Pracht.) Die Humanität
mutter, bei dem 161 französischen Infanterie-
regiment, das guttich in Solingen liegt, die
K. Kompagnie gemuntert habe. Derenofficiere
eine Rundung, der K. auch andere Kompagnien in
geschloffen haben. Die Solbaten langen die Internatio-
nale. Der Kommandeur des Regiment, der die Ord-
nung wieder herstellen wollte, wurde von den Solbaten
erschossen. Die Mannschaften weigern K., weiter Dienst
zu tun.

Lehrerzeugenbescheinigung für Mergel im Gefängnis Weiden
25.11. 2. Jena. Der Deutsche Arbeiter für Sozialismus hat bestimmt, daß in dem folgenden Eintragungsbeleg des Gefängnis vom 1. Mai 1921 ab zu den Straftatbeständen der Gefangenenerziehung für abgebrochene Mergel und Schulstrafe vom 1. September 1920 ein Lehrerzeugenbescheinigung von 50 Tug. beigefügt.

Wohnungen für Unteroffiziere.
Denn, 2. Juni. Wie die Stadt Bonn sich, wie aus einer Mitteilung des Reichswehrministeriums hervorgeht, aus Gründen des Gesundheitswesens bereits 51 Offizierswohnungen, welche am 1. Juni 1921 kräftigsteinfürstellen, und eine Quarantäneabteilung zur Unterbringung von neuem verkrankten Soldaten genehmigt, wie das Gesundheitsamt 1921/22 fünf weitere 30 Offizierswohnungen und 30 Unteroffizierswohnungen vorgesehen. Hierdurch können Verordnungen zur Errichtung eines Barackenlagers, zu welchem die Stadt Bonn in Stuttgart über 51 eingerichtete Offizierswohnungen verfügen wird, und weiter insoweit 78 ebenfalls eingerichtete Wohnungen in absehbarer Zeit zur Verfügung stehen, wird sich auch eine Vergrößerung der Wohnungsmasse, soweit sie durch die Befolgung eingeleitet ist, demnach machen.

Aberlissens französischer Soldaten.
+ Duisburg, 3. Juni. (Zrad.) Die Ueberfälle französischer Truppen auf Zivilisten häufen sich. So wurde ein friedlich seines Hauses gehender Bürger von einem französischen Soldaten angegriffen, mit der Schusswaffe bedroht und zur Herausgabe seines Geldes gezwungen. In einem anderen Falle wurde ein Direktor auf offener Straße überfallen, misshandelt und deradtet. Eine Frau wurde ohne Veranlassung überfallen, misshandelt und betrunken. Eine andere Frau wurde ohne Veranlassung von einem Franzosen mit einem Säbelsgriff in das Gesicht geschlagen, so daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Vor einigen Tagen hat man einen kleinen Gemischtwandler, weil er angeblich zu nahe an einer Gruppe von französischen Offizieren vorbeigefahren sein soll, dem Fahren gezogen, in ein Soldatenquartier eingeschleppt und dort hinter verschlossenen Türen und Fenstern jämmerlich misshandelt. Und noch läßt das Verbrechen der Belästigungstrüben viel zu wünschen übrig.

Der Jahrgang 1919 soll den Rhein sehen.

WTE Kowak, 2. Juni. (Trad.) Bekanntlich befindet sich zurzeit der französische Kriegsminister Barthou an einer Inspektionsreise im besetzten Rheinland. Er hat sich sehr ausnehmend über die Versorgung und die Wohnungen der französischen Soldaten ausgesprochen. Aber die französischen Wohnungsverhältnisse kennt, wird die Anerkennung der deutschen Wohnungseinrichtungen durchaus verneinen. Dennoch klingt eine solche Anerkennung Barthou geradezu selbst, wenn man weiß, daß die guten Quartiere der französischen Offiziere auf Kosten der deutschen Bevölkerung gehen, die infolge der weitgehenden Anforderungen der Besatzungsstrassen und ihres Ansehens unter drückender Wohnungsnot leidet. Bezeichnend ist was Barthou über die Mobilmachung der Arbeitskräfte 1918 und über deren Transport an den Rhein sagt. Die Wachen von ihrer unvorhergesehenen Arbeitsstelle den besten Einbruch fanden. Dadurch wird von Barthou bestätigt, daß die besten Aushebungen französischer Truppen am Rhein statt in letzter Linie der Propaganda dienen sollen. Die französischen Soldaten sollen den Rhein sehen, damit sie für ihr Land freudigen Hergens eintreffen. Diese Echten französischer Propaganda wurde bereits vor Jahren von französischen Propagandisten vorge schlagen. Barthou bestätigt also, daß dieses Propagandanthem angenommen und durchgeführt werden wird. Deutschland muß es ja desagen.

Einigung über den Lohnabbau im Saarland.
WTB Saarbrücken, 2. Jan. (Drab.) Die Lage der Saarländischen Industrie hat sich in den letzten Tagen außerordentlich verbessert. Seit mehreren Tagen finden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbänden in der Metallindustrie über den Lohnabbau Verhandlungen statt, die am 20. 25. Prozent Verhandlungsergebnis hatten, ohne daß es aber zu einer Einigung gekommen wäre. Der Arbeitsverderb hat sich nach wie vor in beträchtlichem Maße gehalten. Die Erhaltung der Arbeitsbeschäftigung, unter dem gegenwärtigen Verhältnisse nicht zu erreichen, ist die Arbeitnehmer fordern sich den Gruben der Arbeitgeber als ganz verdrängten. Dieser jedoch den ungenügenden Leistungen für unzureichend. Der Schlichtungsausschuß, der im öffentlichen Interesse eine Einigung sucht.

bleibt ebenfalls eine Bänderung der Daten des Ab-
 bildes. Die Erregung unter der Arbeitskraft ist noch
 der landwärtigen ergebnissen Verhandlungen aus-
 herliche gestiegen und wurde, wie es heißt, in kom-
 munistischen Elementen für ihre Zwecke aus-
 benutzt. So kam es bereits an mehreren Orten zum
 Aufstand. 1. In Bülzlingen, Eberstadt, Bülzlingen
 in Breisach. Doch sind in Bülzlingen noch einer Ver-
 einigung heute morgen die Mitglieder der Gewerkschaft
 vorstehend wieder in den Betrieb zurückgekehrt. In-
 wieweit in den anderen Organisationen noch Verhandlungen
 werden. Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr.
 Wes ist gestern ein unparteiischer Ausschuß
 von zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern
 zusammengetreten, um in letzter Stunde zu einer Ein-
 gung zu gelangen. Die Verhandlungen dauerten von
 11 Uhr abends bis 2 Uhr nachts und wurden besonders
 die bereits eingetragenen Arbeitsbedingungen sehr
 schwer, da die Arbeitgeber unter keinen Umständen
 Abänderungen akzeptieren wollten, wenn die Betriebe im Aus-
 stand seien. Man kam schließlich zu folgender Ein-
 gung: Der Lohnabbau soll betragen im Juni 5
 Proz., im Juli weitere 5 Proz., und am 1. Au-
 gust 20 Proz. des Tarifminimums. Die von den
 Betreibern in Aussicht genommene Frauen- und Kinder-
 arbeit soll im Juni noch fort, im Juli wird sie um die
 Hälfte des Satzes erübt und im August tritt sie voll
 ein. Im Breisach tritt für Juni noch kein Abbau ein,
 soll mannezt besetzt werden, die Arbeiter unter
 ihren Bedingungen wieder in die Betriebe zu bringen.
 Auch das nach internen dreier Lage, so sollten sich
 Arbeitgeber nicht mehr an ihr Angebot gebunden

Tokales.

e. Eine neue Anbauschätzung. Demselb soll wieder eine Anbauschätzung vorgenommen werden. Diese Erhebung ist noch demnach der in den letzten Jahren vorgenommen individuellen Erhebungen die einzige Stelle für die Kenntnis der Leistungen der Landwirtschaft in Preußen. Genaue Kenntnis der Anbauprodukte der einzelnen Grundstücken ist auf Jahre hinaus für die gesamte deutsche Landwirtschaft von grundlegender Bedeutung. Der Regierungsrath hat deshalb die Landräthe und Oberbürgermeister ersucht, die Anbauschätzung vorzunehmen und so weit möglich durchzuführen, damit sich ein richtiges Bild ergibt. Nach Möglichkeit sollen geeignete landwirtschaftliche Sachverständige hinzugezogen werden.

— Zum Sonntag der Berliner Hubschrauber, das bedeutet morgen, Samstag, im großen Stadtpark eine Flucht, werden wir geben, mitgucken, daß noch kein in der Hofbauerei den Durchgang in der momentane flüchtig zu haben sind.

— Weiblicher Vortrag. In der Deutschen Frauenvereine, Ortsgruppe Altesfeld, Präs. am Mittwoch.

Herzblattes, Poststraße 1, Professor Dr. Gram-
schke in Berlin über: „Deutschlands verhängnisvolle Po-
sition“.

b.—**Städtische Sparkasse.** Aus dem Monatsabstufung für Mai entnehmen wir, daß die Einzahlungen im Sparvertrieb 4 152 360 Mark gegen 3 789 034 Mark im gleichen Monat des Vorjahres betrugen, und die Rückzahlungen sich diesmal auf 4 541 377 Mark gegen 2 004 175 Mark im gleichen Monat des Vorjahres belaufen. Der Bestand an Spareinlagen stellte sich Ende Mai auf rund 76 306 000 Mark. Die Zahl der Einzahlungsposten stellte sich auf 4616 gegen 5080 im Vormonat und die der Rückzahlungsposten auf 5225 gegen 5549 im Vormonat. Die Zahl der neu ausgetheilten Sparkassenscheine stieg weiter und betrug jetzt unter Berücksichtigung der Abgänge 70 984 Stück. Der Umsatz im Scheck-, Giro- und Kontokorrent-Verkehr befaßte sich in dem abgelaufenen Monat auf rund 23 100 000 Mark und zwar überwiegen auch diesmal die Kreditsinzahlungen. Der Zugang an Schecksummen betrug 55, und stellt sich hiernach der Bestand auf 1723. Im Hypothekengeschäft hält eine regere Anlage an. Die vierteljährliche Rinszahlung ist nunmehr fast durchweg durchgeführt. Von der Ausreueung des Vorstandes, eine mäßige Tilgung der Aufnahme neuer Hypotheken vorzunehmen, wird fast allgemein Gebrauch gemacht.

Vermischtes.

Stapellauf.
BB Bremen, 2. Juni. Der viel gestorn der 17 000-Tonnen-Dampfer *Habern* von der Bremer Vulkanwerft ist die *Habag* vom Stapel. Die Taufrede hielt der oberste Ministerpräsident von sehr.

Schloß Scharfstein eingekäschert.
 WTB Chemnitz, 2. Juni. (Draht.) Den „Neuesten Nachrichten“ zufolge wurde das der Familie von Zinzendorf gehörige Schloß Scharfstein in im Jüchspau-Tale in der bergmännischen Frage durch jetzt zum größten Teil vermauert. Nach der Erzählung der Zinzendorf-Familie wurden ein Hund der Stamme, die Zinzendorf-Familie des Heutigen ist nicht bekannt.

Raubüberfall auf eine Post.
GA. Dresden, 3. Juni. (Sta. Drach.) Heute früh nach acht Uhr drangen neun zum Teil maskierte Personen in die Postoffizienlose Deuben der Deutschen Post ein, überfielen sie und raubten das Personal und die Deubenden die Taschengelbe in Höhe von etwa einer Viertel Million Mark.

Millionenschleudern. 2. Juni. (Drab.) Vor dem Magdeburger Landgericht hatten sich gestern fünf Angeklagte zu verantworten, die Betrügereien von über 70 Millionen Mark, darunter 10 000 Militärsteile, vollzogen hatten. Stadthalber uho in Berlin, Magdeburg und anderen Städten verhaftet hatten. Der Berliner Angeklagte hatte 4 Monate Gefängnis, der Berliner Angeklagte 3 Monate Gefängnis, der Berliner Angeklagte 3 Monate Gefängnis und der Berliner Angeklagte 3 Monate Gefängnis.

Leichensfund.
BB München, 2. Juni. Verführer haben im Zug-
spengraber die Leiche der Gräfinin Lily Stobbes
aufgefunden, die vor 14 Tagen in München die Gattin
des Kgl. Dr. Hammermann erschossen hat.

Lezte Telegramme.

**Alliiertenbeteiligung
an der deutschen Industrie.**

TU. Rotterdam, 3. Juni. „Daily Mail“
eldest aus Paris: Die Garantiekommision hat
h für die Beteiligung der alliierten
staaten an den deutschen indu-
striellen Unternehmungen sowie an den
ergeworsten im Ruhrrevier ausgesprochen. Der Be-
sitzer der Garantiekommision ist als Gutachten den
alliierten Kabinetten am 30. Mai zugegangen. Er
schlägt eine Gesamtbeteiligung der in der
Garantiekommision vertretenen Staaten in Höhe
von zunächst 5 Milliarden Gold.
an.

Folgen der Rheingollgrenze.
TU. Frankfurt a. M., 3. Juni. Der mitteldeutsche Kaufmännische Verein weiß in einem Schreiben über die durch die Rheingollgrenze hervorgerufene wirtschaftliche Not darauf hin, daß die Absatzmöglichkeiten für im besetzten Gebiet hergestellte Waren bis zu 50% gegenüber der normalen Lage abgenommen haben. Damit sind Entlassungen von Arbeitern notwendig geworden, wobei sich teilweise um 50 Prozent der insgesamt schäftigen handelt.

Die Lage in Oberschlesien.
BB Oppeln, 3. Juni. Wie verlautet, hat die internationalisierte Kommission beschlossen, sich sowohl die deutschen Selbstverwaltungsinstitutionen wie auch die polnischen Aufsurgenen entwaffnet werden zu lassen, und zwar sollen die Deutschen durch die Engländer und die Polen durch Engländer und Franzosen entwaffnet werden. Eine Bekräftigung dieser liegt zurzeit noch nicht vor, doch herrscht unter den deutschen politischen Parteien, einschließend der Kommunisten, völlige Überzeugung darüber, daß ein solches Vorgehen sehr bedenklich wäre. Jedenfalls wollen die Deutschen, basierend auf früheren Erfahrungen, ihren Selbstschutz unter keinen Umständen früher aufheben lassen, als bis die Polen die Waffen gestreckt haben.

Während im Vortheile der Front Ruhe herrschte, sah eine besonders rege Kampfstätigkeit Rosenberger Bataill. zu bemerken. Hier fügten die Polen über große Mengen von Mörsergewehren und Geschützen. In der Gegend Alt-Rosenberg und Tausenberg ist heute ein einziges Geschw. und Maschinengewehrfeuer im Gange. Zu Beuthen und Gleiwoz wurde aus den Häusern auf vorbeiehende französische Truppen geschossen. Unendlich soll von den Polen den Franzosen Grund in die Hände gespielt werden. Die Städte zu räumen und sie den Insurgenten zu überlassen. Tatsächlich erließen die beiden Stadtkommandanten, als sie dem Vorfall hörten, daß die Städte von den Russen für den Einmarsch der Insurgenten abgegeben werden sollen. Nur den von denselben

Zette erhabenem Vorstellungen
daß die Kommandanten die
aufgeben haben

Der englische Staatskanzler
 GA. Paris, 3. Juni. (Eig. Zus.)
 Antwort der englischen Regierung
 auf die letzte französische Note.
 Die nächste französische Konferenz
 wird für heute erwartet. Die Entschlos-
 sungen stimmen, wie das Wort lautet,
 in folgenden Punkten überein: Die
 gleichsam ein Feldzug im Kampf um die
 Anerkennung eines großen Prinz-
 oberstleutenants zu machen. Gleichwohl
 bisher nicht geneigt, dem französischen
 auch nur das geringste Zugeständnis
 England meint, das die Unterhandlung
 verhandelt in wenigen Tagen beendet
 und schlage vor, die Konferenz in
 oder London zusammenzubringen, um
 genügt zu beschleunigen. Das hat
 angeregt worden, aber von London
 wo man Doppel als Verjüngungskur
 gen habe. Schließlich gibt es in der
 Blatt mittels, eine immer beständi-
 Strömung, die doch geht, das Pro-
 nächsten Konferenz in Erwarte-
 land möchte auf dieser Konferenz gleich-
 der obersteileitenden Frage in
 schisch-türkischen Konflikt in
 Aufhebung der Zollgrenzen
 Aheinen und die Befestigung der
 Häfen errörtern.

Die Kohlennot.
 BB. Berlin, 2. Juni. Draht-
 durch die Ereignisse in Oberschlesien
 Bergarbeiterstreik im niederschlesischen
 herbeigerufenen Kohlenlammie
 kommissar an das Reichsoberbergamt
 bringende Mahnung gerichtet, mit
 führung stehenden Mitteln eine Strei-
 ksurzeit im Besitz der Eisenbahn-
 rufen Kohlenvorräte zu ersetzen.
 Wünsche des Reichsoberbergamts
 Eisenbahndirektion durch weitere
 maßnahmen Rechnung tragen, die bei
 Bedarf in vollem Umfange
 gehalten zu können.

II-Boat-Kommandant **Reinhold**
vor dem Reichsgericht

10. Berlin, 8. Juni. Die Hauptverhandlung gegen den Kapitänleutnant Karl Reumann, Pommeraner, wird am Samstag vormittags 9 Uhr im Reichsgericht beginnen. Die Verurteilung liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Gahnemann. Eine Freisprechung ist nicht in Aussicht genommen.

Zurückgezogene Anträge.
GA. London, 3. Juni. (Fig. 10.)
Interpellation im Unterhaus.
Selbiger Gerichtsurteile zurückgezogen worden. Den Parteiführer „Morningpost“ zufolge, betraf die Anträge im Justizministerium erst.

Vor Beilegung
des englischen Ha
GA. London. 3. Juni. (Ein Dr.

[illegible][illegible]

Voransichtliche Witterung am 1. Juni
Gewitterneigung, heiße, heftige Gewitter
regnet wenig verändert.

Druck und Verlag von W. Sitte

Ulmenried, Da Capo
liefert zu gunstigen Preisen
prompt, ab 2 Mille franko Wertheim

[illegible]

